

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 29. Juni 2003

---

**Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 29. Juni 2003 beschlossen:**

## **Perspektiven 2003-2005**

Die deutsche Politik steht gegenwärtig vor Herausforderungen, wie es sie in dieser Dramatik seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben hat. Auf den Feldern Arbeitsmarkt, Steuern, Bildung, soziale Sicherungssysteme und Staatsverschuldung müssen die Weichen grundlegend neu gestellt werden. Die Probleme sind nicht über Nacht entstanden. Sie sind viel zu lange von der Politik wider besseres Wissen verdrängt und von Rot-Grün in den letzten fünf Jahren auf die Spitze getrieben worden.

Keine Partei hat so früh und so klar wie die FDP die Reformnotwendigkeiten für Deutschland benannt. Wir haben als erste den Mut gehabt zu formulieren, dass es keine Zukunft ohne die Bereitschaft zur Veränderung gibt. Die Wiesbadener Grundsätze von 1997 sind Beleg für unseren Reformwillen. Als Reformpartei hat die FDP in Wahlen für dieses Reformprogramm für Deutschland geworben.

Die gewachsene Substanz der FDP auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene in den letzten beiden Jahren ist auch ein Erfolg dieses Reformwillens der FDP. Die FDP will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Probleme unseres Landes lösen. Wir stehen dafür, dass der einzelne mehr selbst gestalten kann – durch mehr Bürgermitwirkung, durch mehr Demokratie, durch weniger Staat und weniger Bürokratie. Diesen Kurs werden wir auch in den nächsten beiden Jahren fortsetzen.

### **1. Programmarbeit**

Die Oppositionspartei FDP wird die nächsten beiden Jahre nutzen, ihr programmatisches Profil weiter zu schärfen. Die FDP hat kein programmatisches Defizit, aber ein Defizit bei der Vermittlung ihrer programmatischen Vielfalt. Der freiheitliche Gesellschaftsentwurf der FDP führt nicht nur zu besseren ökonomischen, sondern auch zu sozial gerechteren und ökologisch verträglicheren Ergebnissen. Die Diskussion um die Agenda 2010 macht es deutlich: alle anderen Parteien setzen zuerst auf den Staat, nur die FDP setzt als erstes auf Leistungsbereitschaft und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Die FDP setzt darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger mündige Staatsbürger, nicht Staatskunden sein wollen. Weniger Staat bedeutet zudem mehr soziale Gerechtigkeit.

Die Programmarbeit liegt nicht nur in der Verantwortung der Führungskräfte der FDP. Aktive Programmarbeit macht die Parteiarbeit auch für Mitglieder an der Basis

spannend. Viele der neuen Mitglieder, die der FDP seit dem Bundesparteitag 2001 beigetreten sind, wollen sich in diese Programmarbeit einbringen. Viele der langjährigen Mitglieder der FDP wollen auch zukünftig ihre programmatische Arbeit fortsetzen. Deshalb intensiviert die FDP ihre Programmarbeit durch folgende Maßnahmen:

a) Programmatische Arbeitsteilung im Präsidium

Alle gewählten Mitglieder des Präsidiums müssen inhaltliche Verantwortung in der Programmarbeit übernehmen. Dabei gilt folgende Arbeitsteilung:

Guido Westerwelle	zentrale innen- und außenpolitische Fragen
Rainer Brüderle	Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
Andreas Pinkwart	Steuer- und Finanzpolitik
Walter Döring	Föderalismus und Bundsratsarbeit
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	Rechts, Innen- und Menschenrechtspolitik
Birgit Homburger	Umweltpolitik und Bürokratieabbau
Jürgen Koppelin	Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
Günter Rexrodt	Haushaltspolitik
Cornelia Pieper	Frauen, Bildung, Soziales

Zusätzlich werden auch Verantwortlichkeiten für konkrete Schwerpunktthemen in der aktuellen Präsidiumsarbeit festgelegt.

Die Mitglieder des Präsidiums werden für ihre jeweiligen Themenbereiche auch den Kontakt zu den zuständigen Bundesfachausschüssen, den Foren und den Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion sowie zu den entsprechenden Verbänden halten. Mit Beschlussvorlagen für die Gremiensitzungen wird die politische Wahrnehmbarkeit der FDP in der Öffentlichkeit gestärkt.

b) Arbeit der Bundesfachausschüsse und Kommissionen

Viele Bundesfachausschüsse und Kommissionen haben in den letzten Jahren hervorragende programmatische Arbeit für die Bundespartei geleistet. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden nicht immer in ausreichendem Maße in der konkreten Parteiarbeit umgesetzt. Die Arbeit anderer Bundesfachausschüsse war nicht immer eng genug mit der Arbeit des Bundesvorstandes verzahnt.

Unsere Satzung sagt dazu in §22 Abs.2. „Der Bundesvorstand setzt Bundesfachausschüsse zur Bearbeitung von politischen und organisatorischen Parteaufgaben ein. Ein so eingesetzter Bundesfachausschuss bleibt bis zur Neukonstituierung eines von einem neuen Bundesvorstand eingesetzten Bundesfachausschusses im Amt. Aufgabe der Bundesfachausschüsse ist es, die Arbeit des Bundesvorstands auf einem bestimmten politischen Gebiet sachverständig zu unterstützen und Aufträge des Bundesparteitages zu bearbeiten.“

Für die kommende Amtsperiode des Präsidiums bzw. des Bundesvorstandes ist eine engere Verzahnung zwischen Bundesfachausschüssen und

Bundesvorstand erforderlich. In einem Gespräch der Generalsekretärin mit den bisherigen Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse wurden klare Arbeitsaufträge des Bundesvorstandes ebenso vereinbart wie eine regelmäßige, mindestens jährliche, Berichterstattung über die Arbeit der Bundesfachausschüsse im Bundesvorstand.

Unter diesem Gesichtspunkt schlägt das Präsidium dem Bundesvorstand die Einsetzung folgender Bundesfachausschüsse mit den folgenden Vorsitzenden vor:

<b>BFA</b>	<b>Vorsitz</b>
Internationale Politik	Margarita Mathiopoulos
Wirtschaft und Arbeit	Dr. Klaus von Lindeiner
Finanzen und Steuern	Hermann Rind
Ernährung und Landwirtschaft	Hans-Michael Goldmann
Soziales	Michael Kauch
Gesundheit	Dr. Elisabeth Pott
Innen und Recht	Abstimmung im Vorstand
Bildung, Wissenschaft, Forschung u. Technologie	Abstimmung im Vorstand
Umwelt	Birgit Homburger
Wohnungsbau	Dr. Walter Hitschler
Verkehrspolitik	Abstimmung im Vorstand

Für die kommenden Jahre werden folgende Kommissionen eingesetzt:

<b>Kommission</b>	<b>Vorsitz</b>
Kirchenkommission	Dieter Kleinmann
Medien- und Internetkommission	Hans-Joachim Otto
Kommission Olympische Spiele 2012	Detlef Parr

### c) Foren

Der Bundesvorstand hat am 3. Februar 2003 die folgenden Foren eingesetzt:

- Forum 1 „Frauen, Kinderfreundliches Deutschland und Generationengerechtigkeit“  
Vorsitz: Ina Lenke, Daniel Bahr
- Forum 2 „Globalisierung – mehr als nur eine Frage der Marktwirtschaft“  
Vorsitz: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Martin Matz
- Forum 3 „Grundlagen der Wissensgesellschaft – Bildung, Werte, Kultur“  
Vorsitz: Christoph Hartmann, Claudia Lehmann
- Forum 4 „Bürgerpartei FDP – weniger Bürokratie, mehr Teilhabe“  
Vorsitz: Birgit Homburger, Jan Mücke

Diese Foren haben sich inzwischen konstituiert. Die Bereitschaft externer Sachverständiger, an der Arbeit dieser Foren mitzuwirken, ist außerordentlich erfreulich. Das Präsidium bittet die Vorsitzenden der Foren, halbjährlich den Bundesvorstand über den Fortgang der Beratungen zu informieren.

### d) Lebendige FDP vor Ort

Eine Diskussion der programmatischen Positionen der FDP auf Bundesparteitagen oder in den Gremien auf Bundesebene alleine reicht nicht aus. Parteiarbeit wird für viele Mitglieder erst dann spannend, wenn sie die Diskussion grundsätzlicher politischer Fragen im Ortsverband oder Kreisverband erleben. Deshalb will die FDP in den kommenden beiden Jahren zu grundsätzlichen politischen Fragen Diskussionen in den Gliederungen fördern. Dabei ist jedes Thema denkbar, das von den Kreisverbänden gewünscht wird.

Als Angebot für solche Diskussionen kommen z. B. die Debatte um zusätzliche Bundeskompetenzen in der Bildungspolitik, eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung, die Zukunft der Zwangsmitgliedschaft bei den Industrie- und Handelskammern sowie die Gebührenfreiheit von Kinderbetreuungseinrichtungen. Denkbar ist in einem ersten Schritt eine Prioritätensetzung durch die Kreisverbände selbst, eine anschließende Bereitstellung von Argumentationsmaterial durch die Bundesgeschäftsstelle zu den gewählten Themen und das Angebot von direkt durch die Gliederungen anzufragenden Rednern. Am Ende des Diskussionsprozesses kann eine Entscheidung durch den Bundesvorstand, ein Bundesparteitag oder ein Mitgliederentscheid stehen. Die Generalsekretärin wird zu diesem Vorhaben ein detailliertes Konzept vorlegen.

### e) FDP im Gespräch

Zur Vermittlung und Umsetzung der in Gremien und auf Parteitagen gefassten Beschlüsse benötigt die FDP Verbündete. Verbände, Vereinigungen, Interessengemeinschaften müssen stärker als bisher von uns als Mittler unserer Politik angesprochen und über unsere Arbeit informiert werden. Präsidium und Bundesvorstand führen darum mit Verbänden und Vereinigungen – bspw. der Tarifparteien, aus dem Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich oder dem Gesundheitsbereich -in nächster Zeit und in der Folge regelmäßig Gespräche.

Die Vorbereitung und Koordination dieser Gespräche obliegt dem fachlich und sachlich zuständigen Präsidiumsmitglied. Neben dem Bundesvorsitzenden und der Generalsekretärin nehmen weitere Mitglieder des Präsidiums und gegebenenfalls auch des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion entsprechend ihrer inhaltlichen Verantwortung an diesen Gesprächen teil.

Der Bundesvorstand wird zudem Gespräche führen mit Vertretern der Evangelischen und der Katholischen Kirche in Deutschland.

Die Landesvorstände werden gebeten, auf ihrer Ebene ebenso zu verfahren.

f) Stärkere Verankerung der FDP im kulturellen Milieu

Kultur hat für die Liberalen eine besondere Bedeutung, weil die kulturellen Grundlagen einer Gemeinschaft auch die Basis für alle Verständigungen sind. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung und Pflege und zu ihrer Weiterentwicklung der Förderung. Kultur ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für den mündigen, eigenverantwortlich handelnden Bürger.

Die FDP wird unter dem Motto „Politik trifft Kunst“ nicht nur die Galerie im Thomas-Dehler-Haus weiterführen, sondern auf allen Ebenen wieder verstärkt in den Dialog mit Kunst- und Kulturschaffenden eintreten.

## **2. Oppositionsarbeit der Bundestagsfraktion**

Die FDP-Bundestagsfraktion ist der Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Oppositionsarbeit der FDP. Die Voraussetzungen dafür sind aufgrund der klaren politischen Positionen der FDP hervorragend. Die Bundestagsfraktion wird diese Positionen in der tagespolitischen Auseinandersetzung als Alternativen zur verfehlten Politik der rot-grünen Bundesregierung und zur konservativen Oppositionspolitik der Union vortragen. Sie setzt den täglichen Kontrapunkt zur Regierungspolitik und sichert damit die Wahrnehmbarkeit der Oppositionspartei FDP.

## **3. Bundesratsarbeit**

Die FDP hat für alle zentralen Reformprojekte klare Lösungsvorstellungen vorgelegt. Die FDP hat wiederholt deutlich gemacht, dass wir unter Zurückstellung parteipolitischer Interessen bereit sind, an vernünftigen Reformkonzepten konstruktiv mitzuwirken und den notwendigen Reformen zur Mehrheit zu verhelfen.

Die nach wie vor unklare Haltung von Bundesregierung und Union in vielen Fragen machen die Rolle einer eindeutigen Reformkraft umso wichtiger. Die gewachsene Substanz der FDP im Bundesrat wird zu einem zentralen Instrument der Vermittlung der Positionen der FDP. Die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Landesregierungen mit FDP-Beteiligung wird fortgesetzt.

#### **4. Wahlkämpfe**

Die von den Ländern und der Bundespartei gemeinsam geführten Wahlkämpfe der letzten Jahre haben die Präsenz der FDP in den Landtagen deutlich gesteigert. Es ist unser Ziel, in der nächsten Amtsperiode des Präsidiums und des Bundesvorstandes den Substanzgewinn fortzusetzen. Dazu gehören eine Verstärkung unserer kommunalen Basis und eine weitere Verbreiterung unserer Präsenz in den Landtagen. Wir wollen 2003 mit einer starken Fraktion in den Landtag von Bayern und 2004 in die Landtage Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie in den Landtag des Saarlandes zurückkehren. Landtagswahlsiege stärken die strategische Position der FDP durch weitere Regierungsbeteiligungen. Ein Erfolg der FDP bei den Europawahlen 2004 stärkt unsere Position auch als Bundespartei.

##### a) Europawahl am 13.6.2004

Die Europawahl 2004 ist eine zentrale Herausforderung für die gesamte FDP. Mit der Einsetzung der Projektgruppe Europawahl unter Leitung von Silvana Koch-Mehrin hat der Bundesvorstand frühzeitig die Weichen für die Vorbereitung der Europawahl gestellt.

Im Vergleich zu 1999 haben sich zahlreiche Rahmenbedingungen für die Kampagne verbessert – in der Partei ebenso wie in der Politik. Diese neuen Chancen müssen genutzt werden.

##### Innenpolitisches Umfeld

Die Substanz der FDP ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Die gestiegene Zahl an Abgeordneten auf allen Ebenen hat die Schlagkraft der Partei verbessert. Fast ein Drittel der derzeitigen FDP-Mitglieder ist außerdem erst nach der Europawahl 1999 in die FDP eingetreten. Fast die Hälfte dieser Mitglieder ist jünger als 35 Jahre. Diese neuen, jungen Mitglieder sind eine Kernzielgruppe für die innerparteiliche Mobilisierung.

Im EU-Vergleich ist Deutschland nach fünf Jahren unter Rot-Grün in vielen Politikfeldern auf hintere Plätze zurückgefallen – beim Wirtschaftswachstum, am Arbeitsmarkt, in den Bildungseinrichtungen. Mit ihrer unsoliden Haushaltspolitik gefährdet die Bundesregierung außerdem den europäischen Stabilitätspakt. Früher war Deutschlands Stärke die Lokomotive des europäischen Einigungsprozesses. Heute ist Deutschlands Schwäche mehr und mehr der Bremsklotz für ein wirtschaftlich und politisch starkes Europa. Deshalb will die FDP Reformen in Deutschland.

Die Europapartei FDP weiß, dass nur ein erfolgreiches Deutschland eine erfolgreiche Rolle in Europa spielen kann. Die Erfolge unserer europäischen Partner sind für uns

Ansporn, Deutschland wieder nach vorne zu führen. Deutschland braucht wieder eine Wachstumspolitik. Durch entschlossene Reformen in der Steuerpolitik, am Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und den Bildungseinrichtungen. Dafür werben wir auch in der Europawahl 2004.

## Europapolitisches Umfeld

Europa wird heute von vielen Deutschen wieder stärker mit Hoffnungen verbunden. Allerdings ist es auch Aufgabe der FDP, Ansprechpartner für berechtigte Kritik der Bürger an Europa zu sein. Wir wollen nicht nur ein gemeinsames Europa, wir wollen auch ein besseres Europa.

Der Euro hat sich als Gemeinschaftswährung bewährt, die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa ist Beleg für die friedenssichernde Kraft des europäischen Einigungsprozesses, viele Liberalisierungserfolge in Deutschland wären ohne die EU nicht möglich gewesen. Doch auch die Europäische Union braucht weitere Reformschritte – beim Abbau von Bürokratie, in der Agrarpolitik, bei der Demokratisierung durch eine neue europäische Verfassung. Die Öffentlichkeit will auch eine effizientere Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der illegalen Einwanderung sowie eine einheitliche Haltung in der Außenpolitik. Am 1.5.04 treten voraussichtlich zehn mittelost- und südeuropäische Staaten der EU bei. Beitrittschancen und -risiken werden Thema des Wahlkampfes.

Europapolitisches Kernthema unseres Wahlkampfes ist die europäische Verfassung und die Forderung der FDP nach einem Volksentscheid über diese Verfassung. In vielen EU-Mitglied- und Beitrittsstaaten werden Referenden zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags durchgeführt. Nach Annahme des Verfassungstextes durch die europäischen Staats- und Regierungschefs wird der Entwurf im nächsten Jahr zur Ratifizierung anstehen. Eine so grundlegende Weiterentwicklung der Begründung der Europäischen Union bedarf der offenen Diskussion und der Zustimmung der Bürger. Den Bürgern muss die Möglichkeit gegeben werden, sich im Wege des Volksentscheids durch ihr Votum zu dem Verfassungsentwurf bekennen oder ihn ablehnen zu können. Dafür wird die FDP von jetzt an bis zur Europawahl 2004 in einer breiten Kampagne werben.

CDU/CSU und SPD werden ein Referendum voraussichtlich ablehnen. Bündnis 90/Die Grünen sind gespalten. Der Wunsch nach einer Volksabstimmung ist in Deutschland weit verbreitet. Die FDP hat damit die Chance, sich bei einem wichtigen europapolitischen Thema deutlich als Sachwalterin der Bürgerinteressen zu profilieren und Meinungsführerschaft zu übernehmen.

## b) Landtagswahlen

Alle Landtagswahlen müssen zu gemeinsamen Anstrengungen der Landesverbände und der Bundespartei werden. Kurzfristig werden deshalb folgende Maßnahmen ergriffen:

- der Bundesvorsitzende führt ein Gespräch mit dem Landesvorstand Bayern über die Wahlkampfführung im Landtagswahlkampf 2003

- die Generalsekretärin führt ein Gespräch mit den Landesvorständen der Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen über eine gemeinsame Kampagnenarbeit im Wahljahr 2004
- die Generalsekretärin bespricht mit dem saarländischen Landesvorstand die Wahlkampf vorbereitungen für die Landtagswahl 2004
- die Bundesgeschäftsstelle bereitet ein Patenschaftsprogramm der im Landtag vertretenen Landesverbände mit den Wahlkampf führenden Landesverbänden vor

### c) Kommunalwahlen

Die in acht Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen 2004 sind ebenfalls ein wichtiges Element zur Stärkung der FDP. Da einige der Kommunalwahlen zeitgleich mit der Europawahl 2004 durchgeführt werden, sind sie deshalb auch eine Möglichkeit zur Mobilisierung der Wahlkämpfer. Die Kampagnenarbeit des Jahres 2003 ist zugleich Vorbereitungsarbeit für die Kommunalwahlkämpfe 2004.

## 5. Kampagnen

Die Kampagnenarbeit der vergangenen Jahre hat dazu beigetragen, dass sich die FDP bei bestimmten Schwerpunktthemen profilieren konnte. Die Kompetenz, die die Bürgerinnen und Bürger der FDP in der Steuer- und Bildungspolitik nach Umfragen zuschreiben, ist auch auf diese Kampagnenarbeit zurückzuführen. Zugleich bilden die Kampagnen wichtige Möglichkeiten für die Gliederungen der FDP, sich an der politischen Arbeit der Partei zu beteiligen. Dies zeigt nicht zuletzt die hohe Beteiligung der Kreisverbände an den jeweiligen Steueraktionstagen.

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 7. April beschlossen, noch in diesem Jahr eine Kampagne zur Stärkung des Frauenanteils in der FDP durchzuführen. Sie wird unter Leitung der Generalsekretärin gemeinsam mit den Liberalen Frauen durchgeführt. Den Startschuss für die Kampagne wird die Generalsekretärin gemeinsam mit der Spitzenkandidatin aus Bayern Sabine Leutheusser-Schnarrenberger am 3. Juli in Berlin geben. Die Kampagne wird das gesamte 2. Halbjahr 2003 fortgesetzt. Als Teil der Frauenkampagne führt die FDP am Samstag, den 5. Juli 2003 ihren bundesweiten Frauenaktionstag durch. Die Bundesgeschäftsstelle stellt den Untergliederungen dafür wieder ein umfangreiches Werbemittelpaket zur Verfügung, das in der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden kann. An dem bundesweiten Aktionstag werden sich voraussichtlich mehr als 50 Gliederungen beteiligen. Das Informationsmaterial kann auch über den 5. Juli hinaus für die Informationsstände genutzt werden. Die Bundesgeschäftsstelle wird darüber hinaus noch im Laufe der Kampagne weiteres Werbematerial und Aktionsvorschläge den Untergliederungen zur Verfügung stellen.

Folgende weitere Kampagnen sind für die Amtszeit 2003-2005 vorzubereiten:

- a) Kampagne zur Volksabstimmung über die Europäische Verfassung gemeinsam mit der Projektgruppe Europawahl  
  
(sh. separate Tischvorlage)
- b) Kampagne zur Gemeindefinanzreform gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und der VLK  
  
(sh. separate Tischvorlage)
- c) Kampagne zur Aussetzung der Wehrpflicht gemeinsam mit den Jungen Liberalen
- d) Kampagne zur Verkürzung der Studien-/Ausbildungszeiten gemeinsam mit den Liberalen Hochschulgruppen und den Jungen Liberalen
- e) Kampagne zur Ansprache älterer Menschen gemeinsam mit LiS @